



## **Braunschweig und die „Mayors for Peace“**

Chronologie .....	2
Friedenszentrum, BZ und Oberbürgermeister .....	2
Die Mayors for Peace und Braunschweig .....	9
Die Konferenz in Hannover 2009 .....	11
Was kann Braunschweig für den Frieden tun? .....	12
Zusammenfassung .....	17
Hiroshima und Nagasaki mit Grüßen aus Braunschweig .....	18

## In der Erwägung, dass

- von 1991 bis 2009 in Braunschweig **keine städtischen Aktivitäten** aufgrund der Mitgliedschaft im **Hiroshima-Städtebund zur vollständigen Abschaffung der Atomwaffen** stattgefunden haben,
- das Friedenszentrum anlässlich des Hiroshima- oder Nagasaki-Gedenktages regelmäßig Erinnerungsaktionen durchführt,
- am **29. Juni 2011** die nächste **Versammlung** der **MAYORS FOR PEACE** in Hannover stattfindet,
- der Hiroshima-Städtebund auf internationalen Konferenzen Rede- und Antragsrecht hat und
- Vorstand und Mitarbeiter des Friedenszentrums Braunschweig e.V. es als ihre Pflicht ansehen, Bürger und Bürgerinnen über das fehlende friedenspolitische Engagement der Stadt zu informieren,

legt das Friedenszentrum diese **Dokumentation** über die Nichtteilnahme des Oberbürgermeisters (OB) an den bisherigen Treffen des Städtebunds vor.

## Chronologie

### 24.11.1987

Braunschweig tritt durch Ratsbeschluss dem **Hiroshima-Städtebund** bei, der unter dem Namen **Mayors for Peace** (Bürgermeister für den Frieden) im Jahr 2003 erneuert wurde. Die Organisation war in Erinnerung an die am 6. August 1945 auf Hiroshima und am 9. August auf Nagasaki abgeworfenen Atombomben vom Bürgermeister von Hiroshima im Jahr 1982 gegründet worden. Das Ziel dieser Initiative ist, die weitere Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und sie schließlich abzuschaffen.



**4704 Mitgliedsstädte** in 143 Ländern, davon **378 in Deutschland** (Stand 1.5.11), gehören mittlerweile dieser Organisation an. Die „Bürgermeister für den Frieden“ sind Teilnehmer der Überprüfungskonferenz für den Nicht-Verbreitungs-Vertrag von Atomwaffen, deren letzte im Mai 2010 in New York stattfand.

Die Mitgliedschaft bei den „Mayors for Peace“ beinhaltet die Pflicht zur Information der Braunschweiger Bürger und Bürgerinnen über Atomwaffen. Während der letzten Jahrzehnte ist unsere Stadt dafür jedoch weder den Informations- noch Repräsentationspflichten nachgekommen. Lediglich das Friedenszentrum versucht seit vielen Jahren durch Ausstellungen, Vorträge, Flyer, Publikationen diese Aufgabe zu erfüllen.

Die Massenmorde in Hiroshima und Nagasaki müssen im Bewusstsein der Menschen bleiben.

### 5.-24.8.1988

Ausstellung „Hiroshima-Nagasaki“ des FZ im Rathaus

### 10.-21.6.1991

Ausstellung „Kinderleben nach Tschernobyl“ des FZ im Rathaus

### 16.8.2004

Der Braunschweiger Autor, Regisseur und Studienrat **Andreas Hartmann** liest in der Öffentlichen Bücherei Auszüge aus Heinar Kipphardts „In der Sache J. Robert Oppenheimer“. In diesem Stück geht es um die fehlende Verantwortlichkeit der Wissenschaftler bei der Herstellung von Atomwaffen.

## Friedenszentrum, Braunschweiger Zeitung und Oberbürgermeister

### 17.3.2005

Friedenszentrums-Geschäftsführer **Frieder Schöbel** schreibt anlässlich des herannahenden 60. Jahrestages der Bombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki einen **Leserbrief** an die *Braunschweiger Zeitung*, der von ihr allerdings stark verstümmelt wurde. Gerade die folgenden, die Arbeit des Oberbürgermeisters betreffenden Fragen wurden bei der Veröffent-

Z  
E  
N  
S  
U  
R  
K  
A  
N  
N  
BLIND MACHEN

lichung aus der Mitte des Leserbriefs herausgeschnitten. Daher dokumentieren wir sie hier:

- Welche Aufgaben hat die Stadt aus ihrer Mitgliedschaft im Hiroshima-Städtebund realisiert?

- Führt OB Hoffmann mit den vielen anderen "Bürgermeistern für den Frieden" nach New York, um Druck auf die Überprüfungs-Konferenz zur Nichtverbreitung von Atomwaffen auszuüben? Mehrere 100 deutsche Gemeinden haben hierzu Beschlüsse gefasst.

- Welche kulturellen Veranstaltungen plant die Stadt zur (2005: 60-jährigen) Wiederkehr der Auslöschung Hiroshimas und Nagasakis am 6. bzw. 9. August?

Gegen die Herausnahme der Fragen an den OB legte das **Friedenszentrum Beschwerde** ein. Die **Antwort der BZ** auf unsere Beschwerde lautete nur:

*Sehr geehrter Herr Schöbel,  
es lässt sich leider nicht vermeiden, dass wir Leserbriefe kürzen, um möglichst viele veröffentlichen zu können. Es tut mir Leid, wenn es in diesem Fall einen Aspekt betrifft, der Ihnen besonders wichtig ist. Wir kürzen Briefe meist von hinten, weil wir davon ausgehen, dass die den Lesern wichtigen Dinge in den ersten Zeilen stehen. Vielleicht ist es so zu erklären.*

*Mit freundlichen Grüßen, Klaus Herrmann*

**Diese Ausrede ist unzutreffend, denn die Kürzung erfolgte aus der Mitte heraus! Will die BZ den OB vor unangenehmen Fragen schützen so, wie sie häufig einseitig über ihn berichtet?**

### **18.3.2005**

Das Friedenszentrum sendet den vollständigen Leserbrief **an OB Hoffmann. Keine Antwort!**

### **18.4.2005**

#### **Pressemeldung der Bürgermeister für den Frieden**

Deutsche Bürgermeister fordern Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland - Bundesregierung soll in Atomwaffenabrüstung aktiv werden:

*Berlin. Heute um 15 Uhr nimmt Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, die gemeinsamen Erklärungen von 130 deutschen BürgermeisterInnen in Empfang, die einen Abzug der US-Atomwaffen vom deutschen Boden fordern. Die Erklärungen übergibt der Koordinator der deutschen **Bürgermeister für den Frieden**, Bernd Grimpe (Referent des OB Schmalstieg, Hannover), gemeinsam mit der **Aktion Völkerrecht** mit SchülerInnen aus Heidelberg und der **Greenpeace-Jugend** aus Berlin. Die drei Gruppen beteiligen sich an der Kampagne **atomwaffenfrei bis 2020**, die die Abschaffung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2020 anstrebt. Mit der Erklärung fordern die 130 deutschen BürgermeisterInnen die deutsche Bundesregierung auf,*



- *sich auf der Überprüfungskonferenz des NVV [Nichtverbreitungsvertrag] im Mai 2005 für die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zum Verbot und zur Abschaffung von nuklearen Waffen und Material aktiv einzusetzen,*
- *Verhandlungen über den Abzug der US-Atomwaffen von deutschem Boden zu beginnen*
- *und die nukleare Teilhabe Deutschlands aufzugeben."*

*Weiterhin verpflichten sich die BürgermeisterInnen, "diese Anliegen so lange zu verfolgen, bis die Atomwaffengefahr von unseren Bürgerinnen und Bürgern genommen ist."*

*Die Erklärung der deutschen BürgermeisterInnen lehnt sich an eine entsprechende Entschliebung der Bürgermeister der **1.000 größten US-Städte** an. Diese fordert die in Kürze beginnende Überprüfungskonferenz der Unterzeichnerstaaten des Nichtverbreitungsvertrags auf, "Verhandlungen über das Verbot und die Eliminierung von Atomwaffen und atomwaffenbezogenen Materialien zu beginnen."*

**25.7.2005**

Die **Braunschweiger IPPNW- (Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg) Gruppe** und **das Friedenszentrum** bitten den **Oberbürgermeister** um Beteiligung an der Erklärung deutscher Bürgermeister zur Abschaffung von Atomwaffen:

*Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Hoffmann,*

*wir bitten Sie, dass Sie sich an der Erklärung deutscher Bürgermeister zur Abschaffung von Atomwaffen beteiligen.*

*Wie Ihnen sicher bekannt ist, gehört Braunschweig seit den 80er Jahren zum Hiroshima-Städtebund. Der OB von Hiroshima hat eine dringliche Aktion initiiert, um den Bemühungen um Nicht-Weiterverbreitung der Atomwaffen eine neue Dimension zu geben. Die 60. Jahrestage der Vernichtung Hiroshimas und Nagasakis stehen unmittelbar bevor und mahnen.*

*Bisher haben mindestens 131 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen die Erklärung deutscher Bürgermeister zur Abschaffung von Atomwaffen unterzeichnet (unten aufgelistet). Die Erklärung mit der Namensliste ist im Vorfeld der Überprüfungs-Konferenz des Atomwaffensperrvertrags (2.-27.5.05) der deutschen Regierung überreicht worden. Aber sie wird weiter-geführt. Zuletzt hat der Oberbürgermeister von Kaiserslautern die Kampagne unterschrieben.*

*Wir hoffen bald von Ihnen zu hören.*

*Mit freundlichem Gruß  
gez. Dr. Helmut Käss (IPPNW Braunschweig)  
Frieder Schöbel (Friedenszentrum Braunschweig e. V.)*

**12.8. 2005**

Auch dieser Brief wird **weder beantwortet noch bestätigt**. Daher schicken wir einen erneu-ten **Leserbrief** an die **BZ**:

**Zu „Hiroshima - 60 Jahre danach“**

*Für die ausführliche Berichterstattung zum 60. Jahrestag der ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki möchte ich mich bei Ihrer Zeitung ausdrücklich bedanken.*

*Da sich die Friedensbewegung weiterhin bemüht die Massenvernichtungswaffen abzuschaffen und die in Deutschland verbliebenen Atomsprengköpfe aus unserm Land zu entfernen, haben wir auch dem Braunschweiger Oberbürgermeister mehrfach geschrieben. Denn die Stadt ist Mitglied im "Hiroshima-Städtebund zur Ächtung der Atomwaffen" seit 1987 und hat daraus Verpflichtungen. Wir wollten wissen, was Braunschweig dafür tut. Wir haben jedoch nie eine Antwort bekommen.*

*Mit freundlicher Empfehlung, Frieder Schöbel*

**Dieser Leserbrief wird wieder nicht abgedruckt.**

Glaubt die BZ, Kritik am OB vor den BürgerInnen verbergen zu müssen? Die Monopol-Zeitung müsste eigentlich Anliegen der Zivilgesellschaft der Öffentlichkeit korrekt weitergeben.

**15.8. und 1.9.2005**

FZ und IPPNW **erinnern den OB** nochmals mit **Mails** an den **Brief** vom 25.7.05, auf die es jedoch **wieder keine Antwort** gibt.

Wir ließen aber nicht locker. Als der Vizepräsident der *Mayors for Peace*, OB Dr. Schmalstieg aus Hannover, für den **24.3.06** seine deutschen AmtskollegInnen zu einem Erfahrungsaustausch einlädt, tritt das Friedenszentrum wieder an den Braunschweiger OB heran:

**24.02.2006**

Der **5. Brief an den OB**

*Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Hoffmann,*

Ihr Amtskollege Dr. Schmalstieg aus Hannover hat Sie und alle deutschen „Mayors for Peace“ für den 24. März 2006, 13 bis 17 Uhr, zu einem Erfahrungsaustausch und zu einer Informationsveranstaltung ins Rathaus von Hannover eingeladen. Dankenswerterweise ist der Braunschweiger Oberbürgermeister seit November 1987 „Mayor for Peace“. Bereits seit 1984 deklariert sich Braunschweig als atomwaffenfreie Stadt. Beides sind Traditionen, auf die viele Braunschweiger stolz sind.

... Wir würden uns freuen, wenn Sie uns nach dem Treffen – evtl. unter Einbeziehung der lokalen Presse – über den Ergebnisstand informieren würden. So würden uns z.B. die Ausführungen von Staatssekretär Eler vom Auswärtigen Amt über die Pläne der neuen Bundesregierung zur Förderung der nuklearen Abrüstung sehr interessieren. Auch die weiteren Pläne und Ziele der Oberbürgermeister für das begonnene Jahr sind für uns von großen Interesse, möchten wir Sie doch dabei unterstützen und deutlich machen, dass Braunschweiger Bürger und ihr OB gemeinsam für eine friedliche Welt eintreten.

Bitte teilen Sie uns mit, wie Sie in dieser Angelegenheit, die vielen Braunschweiger Bürgern am Herzen liegt, verfahren wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Friedenszentrum Braunschweig e.V., Der Vorstand - Erich Zager-Spinn

### 24.3.2006

**Aus Braunschweig nimmt niemand an der Konferenz der Mayors for Peace in Hannover teil.** Vor unserer 20-Jahr-Feier bitten wir OB Hoffmann nun um ein Gespräch:

### 17.3.2007 Der 6. Brief an den OB

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Hoffmann,

für das von Ihnen zur Verfügung gestellte Grußwort anlässlich unseres 20-jährigen Bestehens danken wir Ihnen.

Wir möchten Sie gleichzeitig davon in Kenntnis setzen, dass wir am Ende unseres im Rahmen der Friedenswoche geplanten Rundgangs mit Reinhard Bein am Mittwoch, 21.3., ca. 18 Uhr, im Rathaus einen Brief an Sie abgeben werden, in dem wir Sie an unseren Brief vom 24.02.2006 erinnern, der bisher noch nicht beantwortet wurde ... Es geht uns darum, die Stadt daran zu erinnern, dass ihr aus der Mitgliedschaft im Hiroshima-Städtebund Verpflichtungen entstehen, wie z. B. die regelmäßige Information der BürgerInnen über die Gefahren von Massenvernichtungswaffen.

Mit freundlicher Empfehlung

FRIEDENSZENTRUM e. V., Frieder Schöbel

### Endlich ein **Antwortbrief aus dem Büro des OB:**

Aus terminlichen Gründen wird es Herrn Oberbürgermeister Hoffmann auf absehbare Zeit nicht möglich sein, ein von Ihnen gewünschtes Gespräch zu führen. Da es ersichtlich wohl um allgemeine politische Fragen geht, empfehlen wir Ihnen, mit den Fraktionen Kontakt aufzunehmen.

Wir hatten uns auch auf folgenden Vorschlag des **Braunschweiger Friedensbündnisses an alle Fraktionen** bezogen:

Der Rat möge beschließen:

Der in den Neunziger Jahren bestehende Haushaltstitel "Interkulturelle Friedensaktivitäten" wird reaktiviert und mit 15.000 € ausgestattet.

Begründung:

Kommunale Friedensarbeit ist in vielen Städten eine selbstverständliche Aufgabe. Braunschweig als Stadt der Wissenschaft, als atomwaffenfreie Stadt (1984) und als Mitglied des Hiroshima-Städtebundes (1987) braucht eine rege Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu Friedens- und Abrüstungsfragen, die im letzten Jahrzehnt in unserer Stadt vernachlässigt wurde. Beiträge und Spenden privater Organisationen reichen für eine qualitativ hochwertige Aufklärungsarbeit nicht aus.

Die Gelder werden auf Antrag vom Kulturinstitut zur Verfügung gestellt für

- Vortragsveranstaltungen zu Friedensforschung und Friedenspolitik
- Informationsveranstaltungen zur Gefährdung durch Atomwaffen, über Hiroshima, Nagasaki, Tschernobyl

- die Vortragsreihe *WEGE ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS* (Friedensbündnis, Friedenszentrum und VHS)
- Ausstellungen, z. B. über den Zivilen Friedensdienst, Erfolge gewaltfreier Friedensaktivitäten
- weitere Friedensaktivitäten, z.B. Antikriegstag, Gedenktage, Hilfe für Opfer von Krieg und Gewalt.

Leider wird der von SPD und GRÜ eingebrachte **Antrag von den Fraktionen der CDU/FDP-Mehrheit** schon im Kulturausschuss **abgeschmettert**. Also war die „Empfehlung“ des OB, die Fraktionen anzusprechen, eine Luftnummer! Hat er je mit den Fraktionen darüber geredet?

### 6.6.2007

Aus einem **Brief** an unser Mitglied Ratsfrau **Nicole Palm (SPD)**:

- Der OB soll mit der Friedensbewegung Gespräche führen (und unsere Briefe beantworten).
- Die Fraktionen sollen sich für unseren Haushaltsantrag einsetzen (SPD, GRÜ, BIBS, LINKE tun das bereits).
- Der OB soll sich für die Fortführung der „Mayors for Peace“ einsetzen.
- Die Stadt soll am Hiroshimatag eine öffentliche Veranstaltung machen.
- Die Stadt soll FriedenswissenschaftlerInnen nach BS holen (mit TU verhandeln, Gastvorträge finanzieren).

*Mit freundlicher Empfehlung, FRIEDENSZENTRUM e.V., Frieder Schöbel*

### 7.6.2007

Das Friedenszentrum organisiert eine Diskussion **„Kommunale Friedensarbeit“** mit dem Friedensbündnis im und mit dem **Georg-Eckert-Institut**. Aus dem Bericht auf unserer Homepage:

*Manchmal konnte einen der blanke Neid packen. Ute Lampe, der Initiatorin dieser Veranstaltung des Friedensbündnisses, muss es auch so gegangen sein, als sie auf einer Tagung Frau **Margit Poggemeier** kennen lernte, die Leiterin des **Büros für Friedenskultur in Osnabrück**. Sie lud diese ins Georg-Eckert-Institut ein, um dort vor Vertretern des Rats und interessiertem Publikum zu referieren und mit ihnen zu diskutieren.*

*Da erfuhr man, dass in der Stadt des Westfälischen Friedens die Friedensarbeit eine der Säulen der Kommunalpolitik ist. Dass es neben dem erwähnten Büro noch ein Friedenszentrum (kommunal) sowie den Erich-Maria-Remarque-Preis und das Nussbaum-Museum gibt. Regelmäßig finden Vorträge und Konferenzen statt, selbst die UNESCO ist zu Gast und die Friedensarbeit stellt einen kulturellen und wirtschaftlichen Standortfaktor dar, wie Frau Poggemeier nicht ohne Stolz berichtete.*

*... Zwar hörte man von der CDU-Ratsherrin **Ochmann**, dass Braunschweig primär eine Stadt der Wissenschaft sei. Aber einen festen Betrag für Friedensarbeit hätten die Zuhörer auch gerne gehabt. (Das Friedenszentrum hatte 15.000 € beantragt, die Oppositionsfraktionen hatten dies unterstützt, aber die Mehrheit lehnte ab - sie braucht das Geld schließlich für repräsentative Zwecke).*

*... Moralische oder organisatorische Unterstützung der Bürger täte gut, wurde festgestellt. Undenkbar, dass die Braunschweiger Stadtverwaltung eine 50 km lange **Menschenkette** organisierte, wie es die **Osnabrücker zu Beginn des Irakkrieges** tat!*

*Auch „kommunale Außenpolitik“ in Sachen Frieden gibt es hier nicht. Während in Osnabrück die Gedenkfeiern zum Hiroshima-Tag kommunal organisiert werden, wird in Braunschweig diese Aufgabe vom Friedenszentrum geleistet. Und der OB erinnert sich nicht daran, dass er ein Mitglied der „Mayors for Peace“ ist, der seine Bürger alljährlich über den Stand der Atombewaffnung informieren müsste ...*

*Die anwesenden Ratsmitglieder (neben Frau Ochmann waren dies **Nicole Palm** von der SPD sowie **Burkhard Plinke** von den Grünen) versprochen, möglichst viel Anregungen in den politischen Alltag mitzunehmen. Vielleicht denkt eine(r) von ihnen daran, dass die „Korvette Braunschweig“ umbenannt werden sollte, die als ein für den Angriffskrieg geeignetes Schiff kein Aushängeschild für unsere Stadt darstellt.*

*Inge Gerlach*

### 31.7.2007

Auch unser nächster **Brief** an den Büroleiter des **OB** fordert mehr Friedensarbeit.

*Sehr geehrter Herr Kügler,*

... das Friedenszentrum drückt seine Missbilligung dieser Patenschaft [für das Kriegsschiff ‚Braunschweig‘ Hg.] aus, zumal dadurch für die Öffentlichkeit ein friedenspolitisch nicht wünschbares Signal gesetzt wird. Dies ist auch den besonders hervorgehobenen Schlusszeilen des Briefes von Frau Dieter zu entnehmen. Dem letzten Satz des Schreibens: ‚Braunschweig gehört zu den Städten, die sich unter dem Namen „Mayors for Peace“ dem Frieden verpflichtet haben‘, können wir als Friedenszentrum nur ausdrücklich zustimmen.

Der bevorstehende Gedenktag zum Einsatz der Atombomben am 6. und am 9. August 1945, für den u. a. der Oberbürgermeister unserer Nachbarstadt Hannover kürzlich ein mahnendes Grußwort an alle ‚Organisationen und Initiativen, die sich in der Kontaktpflege mit Japan und Hiroshima und in der Friedensarbeit engagieren‘ gerichtet hat, erlegt auch uns die Verpflichtung auf, die Menschen in unserem Bereich aufmerksam zu machen auf die Verantwortung, die wir alle für den Frieden tragen. Eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema ist in Braunschweig auf dem Kohlmarkt am 9. August (12 bis 18 Uhr) vorgesehen.

Wir beharren weiterhin auf unserem Wunsch, ein Gespräch mit Ihnen zu führen.

Mit freundlichen Grüßen, gez. Helmut Weidemeier

**23.8.2007**

**Antwort aus dem OB-Büro**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Oberbürgermeister Dr. Hoffmann dankt Ihnen für Ihr o. a. Schreiben ...

Unter Berücksichtigung Ihrer Ausführungen ist der Oberbürgermeister, der Ihre Arbeit bekanntlich Anfang des Jahres in einem Grußwort gewürdigt hat, prinzipiell zu dem von Ihnen angeregten Gespräch bereit; allerdings nicht, soweit die von Ihnen gewünschten Gesprächsgegenstände erkennbar über den eigentlichen Aufgabenbestand einer Kommune hinausgehen und eher in Richtung Außen- und Sicherheitspolitik orientiert sind.

Beides sind Themen, die der Oberbürgermeister von Amts wegen prinzipiell nicht kommuniziert, da dies nach seiner Rechtsauffassung - und dies ist nach wie vor herrschende Meinung - nicht durch das Selbstverwaltungsrecht einer Stadt gedeckt ist. Etwas anderes gilt für die diskutierte Patenschaft mit einem Schiff der Marine oder etwa bezüglich der Beziehungen zu Partnerstädten z. B. in Israel. Unter diesem Vorbehalt würde ich Ende des Jahres mit einem Terminvorschlag auf Sie zukommen.

Mit freundlichen Grüßen  
i.A. Kügler



**9.8.+1.9.2007**

Aktion „HandsUp!“ des FZ auf dem Kohlmarkt

**12.10.2007**

**Zusammenkunft der deutschen „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) in Hannover – Abschlusserklärung:**

*Unter Kenntnisnahme, dass die Zahl der noch in Deutschland befindlichen US-Atomwaffen nach neuesten Recherchen auf 20 gesunken ist,*

*im Bewusstsein, dass dieses Arsenal der bis zu 120-fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe entspricht,*

*unter Verweis auf die von 177 deutschen BürgermeisterInnen unterzeichnete Erklärung zur Abschaffung von Atomwaffen vom Mai 2005, erfreut über das Projekt „Atomwaffenpolitik. Lernen – Erfahren – Mitgestalten“, das Wissen über die Geschichte und Gegenwart des Atomzeitalters an die nächste Generation vermitteln will,*

*im Einklang mit der kürzlich von Nicht-Regierungsorganisationen gestarteten Kampagne „unsere Zukunft – atomwaffenfrei“*



**fordern wir**, die in Hannover versammelten Vertreterinnen und Vertreter von deutschen Mitgliedsstädten und -gemeinden der „Mayors for Peace“,

von der **Deutschen Bundesregierung**

- **den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland,**
- **keine Mitarbeit an der Planung und dem Einsatz von Atomwaffen.**

**6.2.2008**

Endlich, nach 11 Monaten Wartezeit kommt es zu einem **Gespräch mit dem OB**. Hier **unsere Notizen**. Ein Protokoll seitens des OB-Büros gibt es auf Nachfrage nicht, obwohl Mitarbeiter Stegemann sich Notizen gemacht hatte:

*Anwesend: OB Hoffmann, Stegemann (OB-Büro); Schöbel, Wegmann, Weidemeier*

*Der OB bedauert die lange Frist bis zum Stattfinden des Gespräches.*

*Zunächst merken wir an, dass die finanzielle Förderung der Stadt nicht ausreichend ist. Unsere Briefe an die Fraktionen zeigten keine Wirkung, so dass die Zuschüsse im letzten Jahr lediglich 850 € betragen. Eine institutionelle Förderung ist notwendig.*

*Daraufhin ordnet der OB einen Prüfauftrag für das Kultur-Institut an, wer überhaupt noch Institutionelle Förderung bekomme. Zusage: Vielleicht sei ein Ergebnis bis zum Gespräch mit Frau Boldt-Stülzembach, Leiterin des Kulturinstituts, möglich.*

*Weiterhin verweisen wir darauf, dass die Stadt im Rahmen des Hiroshimabundes aktiv werden müsse. Der OB erklärt seine Bereitschaft zur Planung einer gemeinsamen Veranstaltung zum Hiroshima-Gedenktag („Das will ich nicht ausschließen“).*

*Zum Thema Vorträge in der Stadt ist der OB für lokale, billigere Politiker (z. B. Minister Gabriel) als Redner. Im Gegenzug schlagen wir Fachleute wie Regina Hagen oder Ottfried Nassauer vor.*

*Der OB betont seine frühere intensive Beschäftigung mit kommunalem Recht, wonach er früher allgemeinpolitische Beschlüsse von Kommunen abgelehnt habe. Er kenne den Brief unseres Vorstands (Zager-Spinn) aus 2004 mit der Aufforderung zur Teilnahme an der Hannover-Veranstaltung mit Schmalstieg. Wir weisen darauf hin, dass dessen Nachfolger die Partnerschaft mit Hiroshima ebenso stark weiterführt wie sein Vorgänger, was dem OB offenbar unbekannt war. Allerdings lehnt der OB es ab, zu rüstungspolitischen Veranstaltungen zu reisen, da er hier in der Stadt genug zu tun habe.*

*Zu unserem Projekt einer Ausstellung „Frieden braucht Fachleute“ informieren wir den OB über den Zivilen Friedensdienst (ZFD), den er überhaupt nicht kennt, und die für November geplante Ausstellung des FZ gemeinsam mit dem Institut für Sozialwissenschaften. Wir sollen die Broschüre dazu hergeben und Finanzierungs-Antrag ans Kulturinstitut stellen ...*

Der OB beruft sich wegen seiner passiven Haltung bezüglich der "Mayors for Peace" auf einen Verwaltungsgerichtsentscheid zum Thema "Dürfen Gemeinden Außenpolitik machen?". Trotzdem war der OB durch Studium unserer Homepage auf das Thema „Hiroshima“ vorbereitet!  
Das Gespräch wurde in einer sehr freundlichen und aufgeschlossenen Atmosphäre geführt.  
Quintessenz: häufiger miteinander reden!

F.d.R. F. Schöbel

Es ist zu bedauern, dass es bis 2009 zu keiner Kooperation mit der Stadt am Hiroshima-/Nagasaki-Gedenktag gekommen ist. Das hängt offenbar einzig davon ab, ob wir immer wieder auf den OB zugehen. Die gewünschte institutionelle Förderung gibt es für das FZ bis heute nicht. Lediglich unsere Ausstellung „Frieden braucht Fachleute“ in der TU wurde 2008 vom Kulturinstitut mit 1000 € gefördert.



## Die Mayors for Peace und Braunschweig

7. 8.2009

### Das Friedenszentrum begeht den Hiroshima-Tag

Ein Infostand des Friedenszentrums in der Poststraße erinnert an die Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 (als Japan schon zur Kapitulation bereit war). Der Bund der „Bürgermeister für den Frieden“ hat sich dazu verpflichtet hat, jährlich seiner Bürgerschaft über den Stand der Atombewaffnung Bericht zu erstatten.

Braunschweigs Oberbürgermeister gehört zwar zu diesen „Mayors for Peace“. Er hat aber in dieser Sache kein Engagement gezeigt. Daher erinnert ein **Öffentlicher Brief**, der am Stand des Friedenszentrums auslag und sich regen Interesses bei den PassantInnen erfreut, den OB an diese Pflicht. Jetzt, wo auch Präsident Obama die wirksame Reduzierung von Atomwaffen befürwortet, besitzt diese Friedensarbeit besondere Aktualität.

Aber auch dieser Brief wird **wieder nicht beantwortet**.

1.9.2009

Antikriegstag: Dr. h.c. **Herbert Schmalstieg** spricht im DGB-Haus zum Thema „Kommunale Friedenspolitik am Beispiel der Bürgermeister für den Frieden“. Die Veranstaltung wurde vom Friedenszentrum Braunschweig ([www.friedenszentrum.info](http://www.friedenszentrum.info)), dem Friedensbündnis und dem **DGB** organisiert und von Dr. Uwe Meier moderiert.



Herbert Schmalstieg, der am 26. August 1972 zum jüngsten Oberbürgermeister einer bundesdeutschen Großstadt gewählt worden war, lenkte mehr als 34 Jahre die Geschicke „seiner“ Stadt Hannover. Zum 31. Oktober 2006 schied er als dienstältester deutscher Oberbürgermeister aus dem Amt. Er erläuterte die Kernpunkte der Initiative „Mayors for Peace“ und plädierte für ein grundsätzliches Umdenken beim Thema Krieg und Frieden. Warum trat Hannover der Initiative „Mayors for Peace“ bei und wurde Partnerstadt von Hiroshima?

Der Antrieb dafür sei gewesen, dass auch die Städte die Pflicht hätten, sich aktiv mit Friedenspolitik zu beschäftigen. In einem Atomkrieg seien ihre Einwohner die ersten Opfer und deshalb sei es notwendig, friedenspolitische Themen in den Städten mehr in den Mittelpunkt zu rücken ...

Und weil die Regierungen sich noch lange nicht auf dem Weg zu einer Vereinbarung über atomare Abrüstung befinden, werden große Hoffnungen auf den Druck der ‚Mayors for Peace‘ gesetzt, die schon einen Beschlussantrag formuliert haben.

Der dringende Wunsch wurde geäußert, dass Braunschweig sich auch an solchen Konferenzen beteiligen möge. Am 27. November tagen die „Mayors for Peace“ in Hannover. Die Veranstalter haben eine Aufforderung an alle Ratsfraktionen gesandt, sich endlich auf die Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft bei den Mayors zu besinnen. Dies könne dem Ansehen der Stadt nur nützen.

Das Schlusswort fand schließlich der Referent selbst mit den Worten: „Wer den Frieden will, muss den Frieden auch stiften.“

Anna-Lena Labus, Praktikantin im FZ

Die **BZ** nimmt keine Notiz vom Besuch des sehr verdienten Hannoverschen OB.

## Das Anti-Atom-Bündnis wächst

Mehr als 3000 Städte weltweit unterstützen bereits die Forderung nach einer weltweiten Nulllösung für und einer konsequenten Ächtung von Atomwaffen. Bis zum nächsten Jahr sollen es 5000 sein – das ist das Ziel des Bürgermeisters von Hannovers Partnerstadt Hiroshima. Nächstes Jahr tagt wieder die internationale Überprüfungskonferenz in New York. Thema ist erneut der Nichtverbreitungsvertrag, im Volksmund Atomwaffensperrvertrag genannt. 2005 waren die „Mayors for Peace“ unzufrieden mit dem Ergebnis gewesen. Hannovers damaliger Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg hatte eine eindringliche Rede vor den Vereinten Nationen gehalten – doch die Großmächte bewegten sich kaum.

Auch in der aktuellen Erklärung heißt es wieder, dass Nichtverbreitung und Rüstungsbegrenzung allein nicht ausreichend seien, um eine nuklearwaffenfreie Welt zu erreichen. Nötig sei eine völkerrechtsverbindliche Ächtung aller Nuklearwaffen, wie es mit chemischen und biologischen Waffen bereits geschehen ist.

Zunächst müssten jetzt die USA und Russland ihre Atomwaffenarsenale drastisch reduzieren, um den „globalen Trend der Aufrüstung umzukehren und eine Welt ohne Atomwaffen bis 2020 zu verwirklichen“. Deutschlandweit sind 350 Städte Mitglied im Bündnis. Sie haben sich verpflichtet, örtliche Veranstaltungen gegen atomare Rüstung zu unterstützen und Vertreter zur Überprüfungskonferenz zu schicken ...

Conrad von Meding/haz.de

## Schmalstiegs Nachfolger Stephan Weil, OB Hannover: Bis 2020 atomwaffenfreie Welt

Am 1. Oktober 2008 waren 2422 Städte aus 131 Ländern dabei, ein Jahr später, am 1. Dezember 2009, bereits 3396 Städte aus 134 Ländern. Die Bewegung, gegründet vom damaligen Bürgermeister von Hiroshima, hat richtig Schwung bekommen.



Die Vision ist, bis 2020 die Welt atomwaffenfrei zu bekommen (»Vision 2020«). Ein Ziel, das Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil, 51, durchaus für realistisch hält: »Gerade in den europäischen Ländern erlebt die Initiative einen richtigen Run, aber auch Städte in Ländern wie im Irak und sogar in Bangladesch beteiligen sich verstärkt.«

... Weil, inzwischen seit drei Jahren OB, hat diese Tradition von seinem Vorgänger Herbert Schmalstieg geerbt, der 1983 eine **Partnerschaft mit Hiroshima** einführte und Hannover auf das Thema Abrüstung verpflichtete: Jetzt im Sommer 2010 jähren sich die Schrecken von Hiroshima und Nagasaki zum 65. Mal. Damals starben am 6. August in

Hiroshima und am 9. August 1945 in Nagasaki rund 200.000 Menschen.

1968 wurde der **Atomwaffensperrvertrag** vereinbart, der die Atomwaffen produzierenden Länder auf die USA, die Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und China reduzierte. Inzwischen sind aber auch Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea in den Besitz von Atomwaffen gelangt.

Gefahr droht nicht nur durch den Einsatz von Nuklearwaffen. Nach 1945 gab es mehr als 2085 Atomwaffentests sowie mindestens 1200 schwere Unfälle mit Atomwaffen. Und trotz der Abrüstung ab 1990 bedrohen uns noch immer mehr als 23.000 Atomwaffen weltweit. Etwa 1500 Sprengköpfe werden in ständiger Alarmbereitschaft gehalten, sind also per Knopfdruck startbar. Noch heute lagern immer noch auf deutschem Boden rund 20 US-amerikanische Wasserstoffbomben auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel.

Hannovers Oberbürgermeister beschränkt sich in seinem Engagement nicht nur auf Atomwaffen. »Das Risiko auch bei der friedlichen Nutzung der **Atomkraft** ist nicht zu leugnen, wobei die Endlagerung immer noch völlig ungeklärt ist.« Für Weil ist der von Rot-Grün beschlossene Ausstieg im Jahr 2022 auch unabdingbar. Schon 1986 hat die Stadt Hannover die hauseigenen Stadtwerke (Enercity) angewiesen, bei der Energiegewinnung komplett auf Atomstrom zu verzichten.

Mehr Infos im Internet: [www.mayorsforpeace.de](http://www.mayorsforpeace.de),

350 Städte in Deutschland **beteiligen** sich inzwischen an der Initiative »Mayors for Peace«. Mit dabei sind in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt: Braunschweig, Dessau-Roßlau, Gardelegen, Göttingen, Halle, Landkreis Hameln-Pyrmont, Hann. Münden, Hannover, Region Hannover, Hardegsen, Laatzen, Magdeburg, Merseburg, Naumburg/Saale, Neustadt am Rübenberge, Salzgitter, Sangerhausen, Uelzen, Walsrode, Weißenfels, Zerbst.

**Es beteiligen sich nicht:** Lüneburg, Soltau, Celle, Walsrode, Nienburg, Barsinghausen, Wunstorf, Hameln, Hildesheim, Alfeld, Einbeck, Seesen, Goslar, Osterode, Bad Harzburg, Bad Lauterberg, Northeim, Wolfsburg, Gifhorn, Wolfenbüttel, Helmstedt, Königslutter, Halberstadt, Wernigerode, Blankenburg, Quedlinburg, Aschersleben, Hettstedt, Eisleben, Salzwedel, Stendal.

IG Metall-Zeitung 1/2010

Das Friedenszentrum wird auf die Nachbarstädte zugehen und sie um den Beitritt zu den „Mayors for Peace“ bitten.

## Die Konferenz in Hannover 2009

### Juli 2009

Diese **Einladung der Stadt Hannover** ergeht auch **an Braunschweig**:

*(Mit der Bitte um Weitergabe an alle Fraktionsmitglieder)*

*Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,*

*in Kürze wird wieder überall auf der Welt und auch in vielen unserer Städte mit den Veranstaltungen am Hiroshima-Tag, am 6. August, der Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 64 Jahren gedacht. Dabei wird zugleich die Forderung erneuert nach vollständiger atomarer Abrüstung ...*

*In diesem Jahr blicken wir im August aber auch nach Nagasaki. Dort kommt vom 7. bis 10. August die Vollversammlung der Mayors for Peace, die **7. Weltkonferenz der Bürgermeister für den Frieden**, zusammen. Sie wird für die weitere Umsetzung der „2020-Vision“-Kampagne der Mayors for Peace wichtige Entscheidungen treffen. Vielleicht haben einige von Ihnen dies zum Anlass genommen, im August d.J. selbst nach Japan zu reisen. Ich werde in diesem Jahr am 6. August in Hiroshima sein und anschließend an der Konferenz in Nagasaki teilnehmen. Über den Ablauf und die Ergebnisse möchte ich Sie bei unserem nächsten Treffen dann gern unterrichten. Zu dieser Zusammenkunft, bei der es daneben auch um Informationen zum Stand der Vorbereitungen für die NPT-Überprüfungskonferenz im kommenden Jahr geht, um Wege zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstädten und, nach der Bundestagswahl, um die friedenspolitischen Ziele und Vorhaben von Bundestag und Bundesregierung, lade ich Sie auf diesem Wege herzlich ein. Als Termin dafür schlage ich vor Freitag, den 27. November d.J., 13:00 bis 17:00 Uhr, im Hodlersaal unseres Neuen Rathauses, und bitte Sie, nach Hannover zu kommen.*

*... für Vorschläge für die weitere Tagesordnung bin ich Ihnen dankbar. Ihre Zu- oder Absage bitte ich per Fax ... oder als e-mail unter [Bernd.Grimpe@Hannover-Stadt.de](mailto:Bernd.Grimpe@Hannover-Stadt.de) an mein Büro zu senden.*

*Hinweisen möchte ich Sie noch auf den von den Vereinten Nationen zum „Internationalen Tag des Friedens“ erklärten 21. September, der in diesem Jahr Abrüstung zum Schwerpunkt hat und unter dem Thema steht **„Wir müssen***

***abrüsten! Maßnahmen ergreifen für eine Welt ohne Atomwaffen!“** ...*



*Das Mayors for Peace-Sekretariat in Hiroshima hat dazu aufgerufen, sich den weltweiten Aktivitäten an diesem Tag anzuschließen und sich an der Schweigeminute am 21. September um 12:00 Uhr mittags zu beteiligen.*

*Weniger als 100 Tage trennen uns noch von diesem Datum, das zugleich auch eine Wegmarke ist zur Vorbereitung auf die von den Vereinten Nationen ausgerufene „Internationale Abrüstungsdekade 2010 – 2020“. Aktuelle Informationen zum Sachstand der „2020-Vision“-Kampagne der Mayors for Peace und zu Mayors for Peace finden Sie – wie bisher – stets im Internet erreichbar unter der Adresse [www.2020visioncampaign.org](http://www.2020visioncampaign.org) bzw. [www.mayorsforpeace.de](http://www.mayorsforpeace.de)*

*Der weiteren Zusammenarbeit mit Ihnen sehe ich mit Interesse entgegen.*

*Mit freundlichen Grüßen, gez. Stephan Weil*

## **2.9.2009**

Nachdem am Antikriegstag 1.9. nur eine GRÜNE Ratsfrau und ein Geschäftsführer der LINKEN an der Veranstaltung mit Herbert Schmalstieg teilgenommen haben, sieht sich das Friedenszentrum veranlasst, den nicht erschienenen **OB, Fraktionen der CDU, FDP und SPD** einen **Brief** zu senden:

*Sehr geehrter Herr Hoffmann, sehr geehrte Damen und Herren, leider waren Sie bzw. Ihre Fraktion beim Vortrag des hannoverschen Ex-OB Schmalstieg nicht anwesend. Wir bedauern dies sehr, möchten Ihnen aber dennoch unser Memorandum zu den unerledigten Aufgaben in Sachen "Was Braunschweig für den Frieden tun kann" übergeben, das Ihnen eine Vielzahl von Anregungen für Ihre Ratsarbeit gibt:*

### **Was kann Braunschweig für den Frieden tun?**

- Realisierung des Gedenkstättenkonzepts, besonders der dringlichen Gedenkpunkte, dazu Einstellung von MitarbeiterInnen im Kulturinstitut
- Erhöhung des Etats für die Gedenkstätte „Offenes Archiv“ Schillstr.
- Information der Bevölkerung zu Atomwaffen in Deutschland
- Teilnahme an Treffen der Mayors for Peace
- Regelmäßige Solidaritätsadressen an Hiroshima und Nagasaki
- Regelmäßige Förderung der Arbeit des Friedenszentrums
- Ausstellungen über Persönlichkeiten, die gewaltfrei erfolgreich waren
- Mitgliedschaft in der Dt. Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)
- Vortragsreihe der Stadt zur Zivilen Konfliktbearbeitung (Galtung, Ebert, Steinweg, Tempel, Buro, Bund für Soziale Verteidigung)
- Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Resettlement Program des UNHCR der Vereinten Nationen
- Erklärung des Rats zum Antikriegstag 1.9. bzw. zum Internationalen Friedenstag 21.9.
- Partnerschaft mit einer polnischen und einer palästinensischen Stadt
- Stolpersteine für politische u. a. Opfer von Diktaturen
- Bereitstellung eines Ausstellungsraums für das Friedenszentrum
- Einladungen zu Friedenstagungen
- Werbung von BürgerInnen für Friedensdienste
- Einbeziehung der Geschichte der BürgerInnen statt einseitiger Erinnerung nur an Herzöge und Kaiser

*Besonders möchten wir darauf hinweisen, dass der OB zur nächsten Konferenz der „Mayors for Peace“ nach Hannover eingeladen wurde, die am 27. November in Hannover (!) stattfinden wird. Es sollte doch nach Jahrzehnten erstmalig wieder möglich sein, dass Braunschweig als Mitgliedsstadt der Mayors for Peace bei einer solchen Veranstaltung vertreten ist entweder durch den OB oder seine Stellvertreterinnen oder durch Ratsmitglieder.*

*Wir freuen uns von Ihnen darüber zu hören!*

*Mit Friedensgruß, FRIEDENSZENTRUM e.V.*

## **Zusammenkunft der Deutschen „Mayors for Peace“ 2009**

Tagesordnungsvorschlag

Beginn: 13:00 Uhr

### **1. Eröffnung und Begrüßung**

Oberbürgermeister Stephan Weil, Hannover

**2. Grußworte des Präsidenten der „Mayors for Peace“**

Bürgermeister Tadatashi Akiba, Hiroshima - Videobotschaft -

**3. Ausführungen zum Aktionsplan der „Mayors for Peace“**

**Welchen Beitrag können die Städte leisten?**

Christoph Pilger, Ieper, Belgien, Intern. Direktor der

2020-Vision Kampagne der „Mayors for Peace“

**4. Aus der aktuellen Arbeit und zu den Vorhaben des Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen ... bei uns anfangen!“**

Regina Hagen, INESAP

**5. Aussprache zu den Beiträgen und Berichte über die Aktivitäten in den Mitgliedsstädten**

Kaffeepause 15:00 – 15:30 Uhr

**6. NPT-Überprüfungskonferenz 2010, neue Initiativen für atomare Abrüstung, Vorhaben und Ziele der neuen Bundesregierung**

Dr. Werner Hoyer, MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt

**7. Diskussion und Verabschiedung einer Abschlusserklärung**

**8. Vorstellung der Aktivitäten am 14. Juni 2010 in Potsdam und Einladung zum Treffen 2010 der „Mayors for Peace“,**

Peter Schüler, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

**9. Schlussworte**

Ende 17:00 Uhr

---

**22.9.2009**

Dazu stellt die **Linksfraktion** eine **Anfrage** im Rat:

*Seit dem 24.11.1987 ist die Stadt Braunschweig Mitglied in der Initiative „Bürgermeister für den Frieden“ (Mayors for Peace). Die nächste Konferenz dieser Initiative findet am 27. November in Hannover statt. Dazu wurde auch Oberbürgermeister Dr. Hoffmann eingeladen. Auch zu den letzten Konferenzen soll eine Einladung an den Oberbürgermeister ergangen sein, die aber nicht wahrgenommen wurde. Dazu wird die Verwaltung gefragt:*



1. Ist es richtig, dass Oberbürgermeister Dr. Hoffmann noch nie an einer Konferenz der Initiative „Bürgermeister für den Frieden“ teilgenommen hat?
2. Wenn ja, warum nicht?
3. Beabsichtigt der Oberbürgermeister am nächsten Treffen teilzunehmen?

**Die Verwaltung antwortet:**

Zu 1.: Ja.

Zu 2.: Welche Gründe dafür maßgeblich waren, lässt sich jetzt nicht mehr feststellen.

Zu 3.: Es hängt davon ab, ob andere terminliche Verpflichtungen dies zulassen und ob aus der Einladung hervorgeht, ob insbesondere die friedensbedrohenden Aktivitäten der Regierungen in Nordkorea, Iran und Venezuela eine Rolle auf dem Treffen spielen werden.

**29.09.2009**

Die **SPD-Fraktion** reagiert mit einer **Presseerklärung:**

**Friedenskonferenz wieder ohne Braunschweiger Beteiligung?**

*Die SPD-Ratsfraktion bedauert die arrogante und herablassende Antwort der Verwaltung auf eine Ratsanfrage bezüglich der Konferenz „Bürgermeister für den Frieden“.*

*Zur Vorgeschichte: Die Organisation „Mayors for Peace“ (Oberbürgermeister für den Frieden) wurde 1982 von dem Oberbürgermeister der Stadt Hiroshima gegründet; seit 1987 ist auch die Stadt Braunschweig Mitglied der Initiative. Ihr Ziel ist es vor allem, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern.*

*In der Antwort auf die von der Fraktion „Die Linke“ gestellten Ratsanfrage bestätigt die Verwaltung, dass Dr. Hoffmann – obwohl eingeladen – noch nie an einer Konferenz der Initiative teilgenommen habe, und gibt vor, dass die Gründe dafür nicht mehr feststellbar seien. Das allein ist schon merkwürdig – bei einer geordneten Aktenführung im Rathaus ist das kaum glaubhaft.*



Auf die Frage, ob Herr Dr. Hoffmann an der nächsten Veranstaltung teilnehmen werde, die am 27. November in Hannover stattfindet, wird geantwortet, das hänge davon ab, ob andere terminliche Verpflichtungen das zuließen und ob „insbesondere die friedensbedrohenden Aktivitäten der Regierungen in Nordkorea, Iran und Venezuela eine maßgebliche Rolle auf dem Treffen spielen werden“.

Es ist schon bezeichnend, wie treffsicher hier die Welt in Gut und Böse eingeteilt wird. In einer Zeit, in der sich USA-Präsident Obama wieder intensiv für den Abbau der Atomwaffen auf der Welt einsetzt, sollte Oberbürgermeister Dr. Hoffmann durch seine Teilnahme zum Ausdruck bringen, dass auch die Braunschweiger Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit dieses Ziel unterstützt, auch über parteipolitische Grenzen hinweg.

Übrigens: Stephan Weil, Oberbürgermeister unserer Nachbarstadt Hannover, wird selbstverständlich an der Veranstaltung teilnehmen – ohne Vorbedingung.

gez. Manfred Pesditschek, Fraktionsvorsitzender

Anmerkung d. Hg.: Stephan Weil war der Einlader!

### 5.11.2009

**Brief des FZ** an die **Fraktionen** der SPD, CDU, GRÜ, FDP, BIBS und LINKEN:

Sehr geehrte Fraktionsvorsitzende der Braunschweiger Ratsfraktionen, vor einiger Zeit hat das Friedenszentrum Braunschweig e.V. sich sehr eifrig dafür eingesetzt, dass Braunschweig jemanden zum nächsten Treffen der "Bürgermeister für den Frieden" schickt, wo Braunschweig seit langer Zeit Mitglied ist. Damals kam eine enttäuschende Antwort des Rathauses, zu der wir als gemeinnütziger Verein Stellung genommen haben. Diese Stellungnahme ging als Brief an alle Braunschweiger Ratsfraktionen. Nun unsere Frage: Wird Braunschweig dieses Jahr auf dem Treffen der Bürgermeister in Hannover vertreten werden? Schickt der OB eine Vertretung, geht er selber hin?

Wir wünschen uns von den Braunschweiger Ratsfraktionen, dass mehr Druck gemacht wird, bzw. der bestehende Druck intensiviert wird! Es kann nicht sein, dass Braunschweig sich vor seinen Pflichten drückt. Der Termin rückt näher und bisher hat sich anscheinend wenig getan!  
Hoffnungsvolle Friedensgrüße,

Daniel Gottschalk, Mitarbeiter im Friedenszentrum Braunschweig e.V.

### 27.11.2009

Die Fraktion der **GRÜNEN** erklärt ihr Schweigen im Rat so:

Lieber Daniel, lieber Frieder, die Absage des Oberbürgermeisters bezüglich der heutigen Tagung der "Bürgermeister für den Frieden" kommt für uns nicht überraschend. Wer Dr. Hoffmann und seine politische Grundhaltung kennt, der konnte ahnen, dass er sich nicht dazu durchringen würde, selber an dem Treffen in Hannover teilzunehmen oder auch nur eine/n Vertreter/in zu schicken. Dies ließ auch seine negative Reaktion auf die Anfrage der LINKEN zur Ratssitzung am 22. September 2009 vermuten, für die er am 29. September 2009 eine harsche Pressemitteilung der SPD kassierte.

Das Friedenszentrum hat die Fraktionen im Braunschweiger Rat immer wieder dazu gedrängt, den Oberbürgermeister in dieser Frage unter Druck zu setzen, zuletzt am 5. November 2009. Wir hatten dieses Anliegen bei unserer Fraktionssitzung am 9. November 2009 besprochen und überlegt, trotz mangelnder Erfolgsaussicht Dr. Hoffmann in einem Brief zur eigenen Teilnahme oder Endsendung einer Vertreterin/eines Vertreters aufzufordern. Dieses Vorhaben haben wir jedoch aufgrund anderer wichtiger Aufgaben leider nicht rechtzeitig in die Tat umsetzen können. In der Sache hätte es aber wie gesagt wohl sowieso nichts gebracht.

Ich fürchte, wir müssen auf das Ende der Amtszeit des jetzigen Oberbürgermeisters warten, bevor wir das Thema "Mayors for Peace" mit etwas mehr Aussicht auf Erfolg erneut angehen können.

Herzliche Grüße von

Barbara Schulze (Fraktionsgeschäftsführerin)

---

Zur leider nur schriftlichen Beantwortung der **Anfrage der Linken** schreibt das FZ dem **OB**:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Hoffmann,



Ihre Antwort auf die für uns sehr wichtige Frage, ob Sie zur nächsten Sitzung der „Mayors for Peace“ am 27.11.09, um 14:00 Uhr in Hannover, anwesend sein werden, hat uns doch sehr enttäuscht. Ihre über Herrn Dr. Lehmann erteilte Antwort lautete:

*"Es hängt davon ab, ob andere terminliche Verpflichtungen dies zulassen und ob aus der Einladung hervorgeht, ob insbesondere die friedensbedrohenden Aktivitäten der Regierungen in Nordkorea, Iran und Venezuela eine maßgebliche Rolle auf dem Treffen spielen werden."*

*U. E. wäre es durchaus möglich, dass ein anderes Ratsmitglied die Vertretung der Stadt übernimmt. Wir haben gehört, dass zum Beispiel Ratsfrau **Nicole Palm** Sie gern vertreten würde, wenn Sie aus terminlichen Gründen verhindert sein sollten. Im Übrigen halten wir es in der aktuellen weltpolitischen Lage für nahezu ausgeschlossen, dass die Aktivitäten der drei genannten Regierungen nicht die ihnen gebührende maßgebliche Rolle spielen werden, ggf. aber sicher nach einer mehrheitlichen Entscheidung über eine zu beantragende Änderung der Tagesordnung.*

*Die „Mayors for Peace“ stehen für eine generelle Nicht-Verbreitung und Abschaffung von Atomwaffen. Sie werden bei der Überprüfungs-konferenz zur Nichtweiterverbreitung der Atomwaffen im April nächsten Jahres die Interessen der Menschen an der Abrüstung stärker vertreten, als es die Regierungen bisher tun oder tun können. Als Repräsentanten von über 3000 Städten sind sie bei der Konferenz teilnahme- und redeberechtigt. Die Zeit drängt.*

*Gerade in Zeiten, in denen die großen Nationen beim Thema atomarer Abrüstung einfach versagen, sind die Städte gefordert. Atomschläge betreffen in erster Linie Städte. Städte werden vollständig zerstört und die dort lebenden Menschen ausgelöscht ...*

*Wir fordern Sie daher auf diesem Wege nochmals eindringlich auf, am Treffen der „Mayors for Peace“ am 27.11.09, um 14:00 Uhr in Hannover selbst teilzunehmen oder jemanden als VertreterIn zu benennen. Anfrage und Antwort wird von uns deutschlandweit verbreitet, auch im Internet.*

*In der Hoffnung, dass unser Appell Erfolg haben wird,  
mit Friedensgrüßen*

*für den Vorstand des Friedenszentrums Braunschweig e.V., i. A. Daniel Gottschalk*

Leider bewirkte auch dieser Brief nichts. Wir bekamen darauf **nie eine Antwort**.

### **25.11.2009**

Stattdessen schreibt **Herr Kügler** vom Büro des **OB** erst zwei Tage vor der Konferenz (!) in Hannover an **Udo Sommerfeld** von der Fraktion DIE LINKE folgende Mail.

*Sehr geehrter Herr Sommerfeld,*

*im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Dr. Hoffmann teile ich Ihnen mit, dass Herr Dr. Hoffmann die Veranstaltung nicht besuchen wird. Abgesehen davon, dass er einen anderen, wichtigeren Termin wahrnehmen wird, hätte er allerdings an der Veranstaltung auch so nicht teilgenommen bzw. auch keiner seiner Vertreterinnen zugemutet, an ihr teilzunehmen.*

*Auf der Tagesordnung steht ein Referat von Regina Hagen. Regina Hagen hat vor einiger Zeit die Website der DKP Hessen mit einem Beitrag zum Thema „Jugoslawien-Krieg“ gefüllt. Es spricht aus dem Inhalt und aus der Tatsache, dass sie auf der DKP-Seite publiziert, alles dafür, dass sie diesem linksradikalen Milieu zugeordnet werden muss. Dies wird gewiss für Sie kein Ablehnungs- oder Hinderungsgrund sein, wohl aber für den Oberbürgermeister.*

*Mit freundlichen Grüßen, i. A. Kügler*

### **27.11.2009**

**Udo Sommerfeld** antwortet:

*Sehr geehrter Herr Kügler,  
teilen Sie bitte Herrn Dr. Hoffmann folgendes mit:*



*Bereits nach der Beantwortung unserer Ratsanfrage war klar, dass der Braunschweiger OB wieder nicht an dem Treffen der Bürgermeister für den Frieden teilnehmen wird.*

*Da auch seine allseits bekannten Grundüberzeugungen dem Eintreten für Frieden diametral gegenüberstehen, verwundert mich diese Antwort nicht. Wenig glaubhaft sind die Gründe, die von Herrn Dr. Hoffmann für seine Nichtteilnahme angeführt werden.*

*In der Antwort auf unsere Anfrage hieß es, dass er nicht teilnehmen werde, wenn nicht „die friedensbedrohenden Aktivitäten der Regierungen in Nordkorea, Iran und Venezuela eine*

maßgebliche Rolle auf dem Treffen spielen werden" und nun soll ein Vortrag von Frau Regina Hagen als Koordinatorin des International Network of Engineers and Scientists Against Proliferation (INESAP), das bei der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit (IANUS) der TU Darmstadt angesiedelt ist, der Grund der Absage sein. Das ist absurd. Insofern schreiben Sie ganz richtig, dass dies für mich gewiss kein Ablehnungsgrund wäre.

... möchte ich mitteilen, dass ich grundsätzlich gerne bereit bin, die Stadt Braunschweig auf diesen Treffen zu vertreten. Ich bitte in diesem Fall aber darum, mir dies zukünftig frühzeitiger mitzuteilen, damit ich meine Termindisposition entsprechend festlegen kann ...

Mit freundlichen Grüßen, Udo Sommerfeld

**27.11.2009**

Ein Mitarbeiter im Friedenszentrum schreibt an das **OB-Büro**:

Sehr geehrter Herr Kügler,

warum sieht es die Stadt nicht als wichtig an, das Friedenszentrum Braunschweig vom Fernbleiben des OBs auf dem Treffen der Mayors for Peace zu unterrichten? Es ging ein schriftlicher Brief an alle Ratsfraktionen ein, vor Wochen schon! Hier scheint es ein Defizit der Stadt in der Öffentlichkeitsarbeit zu geben. Diese Öffentlichkeitsarbeit müssen jetzt anscheinend wir übernehmen.

Es ist bezeichnend, dass die Absage am Tag des Treffens kommt, und das zeigt in dramatischer Weise, wie wenig die Stadt Braunschweig mit ihrer derzeitigen Administration bereit ist „über den eigenen Tellerrand zu schauen“. Dagegen werden wir als gemeinnütziger Verein, der in aufklärerischer Tradition wirken möchte, ankämpfen.

Es steht einem Oberbürgermeister nicht zu, die eigenen Abneigungen über das "Wohl der Stadt" zu stellen. Die Braunschweiger Bevölkerung ist gegen Atomwaffen, nur leider transportiert unser Repräsentant diese Einstellung nicht. Unser monatelanges Bemühen war nicht fruchtbar. Darüber sind wir sehr enttäuscht.

Mit freundlichen Grüßen, Daniel Gottschalk,  
Mitarbeiter im Friedenszentrum

Auch darauf erfolgt **keine Reaktion seitens der Stadt**. Das Friedenszentrum beschließt deshalb eine **öffentliche Stellungnahme**. Folgender Text wird im Internet auf [www.unser-bs.de](http://www.unser-bs.de) veröffentlicht:

### **Stellungnahme des Friedenszentrums**



Am 27.11.2009 fand ein Treffen der „Mayors for Peace“ in Hannover statt. Unser Oberbürgermeister Dr. Hoffmann, der bisher kein nennenswertes Engagement für diese Initiative zeigte, erhielt eine Einladung zu diesem Treffen.

... beschloss der Vorstand des Friedenszentrums, aktiv an der Sache dran zu bleiben. Auch die SPD befand diese Antwort als nicht zufriedenstellend und veröffentlichte am 29.09.2009 eine Pressemitteilung zu diesem Thema ...

Außerdem zeigten wir die Alternative auf, ein Ratsmitglied als Vertretung für den OB nach Hannover zu schicken, doch auch diese leicht zu verwirklichende Alternative wurde vom Oberbürgermeister nicht ernst genommen.

Auf unser Antwortschreiben erhielten wir vom Büro des Oberbürgermeisters leider nie eine Antwort. Die Linkspartei reagierte auf unser Schreiben und sprach das Thema noch einmal in einer Ratssitzung an, jedoch ohne Erfolg. Kurz vor dem Treffen fragte der Oberbürgermeister schließlich doch in Hannover die Tagesordnung an, ein Lichtblick, wie wir fälschlicherweise annahmen. Auf erneute Anfrage der Linken, ob der Oberbürgermeister Hoffmann an der Veranstaltung teilnehme, erhielten sie eine deutliche Absage. Dabei berief sich der OB darauf, dass eine von vielen Referentinnen und Referenten auch schon mal auf einer DKP-Homepage einen Artikel veröffentlicht habe.

Diese Antwort zeigt uns sehr deutlich, dass wichtige friedenspolitische Veranstaltungen für unseren Oberbürgermeister nicht von Belang sind, was wir als sehr enttäuschend empfinden.



**22.2.2010**  
**Ulm**

**Grußwort des Oberbürgermeisters von**

*Eine Welt ohne Atomwaffen ist kein Hirngespinnst, sondern ein politisches Ziel, dass sich alle Menschen auf dieser Erde zu eigen*

*machen sollten. Der Einsatz von atomaren Waffen wird zu allererst die Menschen in den Städten und großen Ballungszentren treffen. Deswegen müssen wir, die gewählten Repräsentanten der Bürgerschaft aus den Städten, uns am deutlichsten auch für eine Welt ohne Atomwaffen einsetzen. Deswegen unterstütze ich gern die Aktion der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für den Frieden. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln und Gewalt ächtet und die politischen Voraussetzungen dafür schafft ... Ich hoffe und wünsche mir, dass sich möglichst viele Verantwortliche dieser Initiative anschließen.*

*Ivo Gönner, Oberbürgermeister der Stadt Ulm*

### **19.-21.3.2010**

Logo des Kongresses „Kultur des Friedens“ in **Essen**, der Konkurrenz-**Kulturhauptstadt Braunschweigs**:  
Wenn unsere Stadt erst mal so weit wäre!



### **11.6.2010**

Eine **Potsdamer Erklärung** zur Ächtung von Atomwaffen verabschieden die deutschen "Bürgermeister für den Frieden" beim Kongress „Friedenskultur in Kommunen“. Auszug:

- *Für den Abzug der letzten US-Atomwaffen aus Deutschland*
- *Für einen Stopp aller Modernisierungspläne für Atomwaffen*
- *Gegen Atomwaffen in der neuen NATO-Strategie*
- *Für einen unverzüglichen Beginn von Verhandlungen zu einer Nuklearwaffen-Konvention, die eine Ächtung von Atomwaffen vorsieht.*
- *Für einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen*
- *Für Sicherheitsgarantien der Atomwaffenmächte gegenüber allen Nicht-Atomwaffenstaaten und Atomwaffenfreien Zonen*

### **10.8.2010**

Die Stadt stellt dem Friedenszentrum den Roten Saal im Kulturinstitut für einen Vortrag zum Hiroshima-/Nagasaki-Tag zur Verfügung, den **Prof. Jörg Calließ** hält. **Dr. Anja Hesse**, Dezernentin für Kultur, spricht namens des OB ein Grußwort.

### **3.9.2010**

Auf Einladung des OB-Büros findet ein Gespräch mit Herrn Stegemann statt. Er sagt zu, die Freundschaftsstadt in Oregon / USA aufzufordern, den Mayors for Peace beizutreten. Außerdem wird er eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Friedenszentrum zu einem Gedenktag, z. B. dem der Befreiung Braunschweigs 1945 dem OB vorschlagen.

Letztendlich finanziert die Stadt das Honorar für Dr. Martin Heinzelmans Vortrag am 12.4.2011 über die „Löwendivision“ (200 €).

### **29.6.2011**

Hannover hat für diesen Tag zur nächsten  
Konferenz der deutschen **Bürgermeister für den Frieden** eingeladen.  
**Ob Braunschweig diesmal vertreten sein wird?**

## **Zusammenfassung**

Diese Broschüre zeigt deutlich auf, wie klein das Interesse der von CDU und FDP beherrschten Stadt Braunschweig an Friedens- und Gedenkarbeit ist. Großen Worten und Ankündigungen folgen keine oder zu kleine Taten. Gleichzeitig wird ein gemeinnütziger Verein wie das Friedenszentrum häufig ignoriert und bekommt auf Briefe und E-Mails nur selten Antworten. Ca. 10 Briefe schrieben wir vergeblich.

**Wir appellieren an die Ratsmitglieder** und die Verwaltung, in Zukunft diese Arbeit ernst zu nehmen.

Wir haben auch Aspekte der weltweiten Anti-Atomwaffen-Bewegung dargestellt. So wird sichtbar, wie viel anderen Orts getan wird. Dieses Engagement wird in Braunschweig allein der Zivil-

gesellschaft überlassen, obwohl sie die Unterstützung der Stadt und der Presse dringend gebrauchen könnte. Dabei könnte man von den Anderen lernen. Denn nicht sehr weit von Braunschweig gibt es eine Stadt, die in Sachen Friedensarbeit uns um Jahre voraus zu sein scheint. Hier engagiert sich der Oberbürgermeister seit Jahrzehnten in vorbildlicher Weise. Hannover ist sogar Partnerstadt Hiroshimas.

Braunschweig war auf den Konferenzen der Mayors for Peace 2009 und 2010 offiziell nicht vertreten. Dies deckt sich mit Sicherheit nicht mit der Haltung der Braunschweiger Bevölkerung. Städte sind die ersten Ziele von Atomwaffen, Städte stehen in der Verantwortung, sich für die Abschaffung dieser schrecklichen Massenvernichtungswaffen einzusetzen. Ein Wegschauen oder Ignorieren ist fahrlässig. Solches Verhalten schadet dem Ruf Braunschweigs.

Die Zukunft unserer Stadt ist nur zu sichern, wenn wir mithelfen, dass sich die Atomwaffen nicht über die ganze Welt ausbreiten!



Schutzzaun der Aktion Völkerrecht gegen Atomwaffen von Heidelberger SchülerInnen mit zehntausenden Unterschriften in Nagasaki, 300 Holzbausteine aus Braunschweig, unten in Hiroshima.

